

Immer weniger Kinder, aber immer mehr arme Kinder

**Armutsbekämpfung in den Großstädten –
eine gesellschaftspolitische Herausforderung ersten Ranges**

Von Klaus Peter Strohmeier und
Volker Kersting

„Dat Pösken. Pösken sitt in Sunnenschien. Huh, wat is dat Pösken fien, mit de gröne Bux...“ Der Rektor einer katholischen Volksschule im Hertener Norden bereitete 1956 mit diesem Gedicht einer Schar von fast 50 Zweitkläßlern eine frühe (und deshalb nach Erkenntnissen der modernen Sprachlehrkunde wohl bleibende) fremdsprachliche Erfahrung. Die Eltern der meisten dieser Kinder waren nach 1945 aus allen deutschen Landesteilen in die aufstrebende Bergbaustadt nördlich der Emscher gezogen, wo es „auf Zeche Arbeit für die Väter gab. Oder sie waren Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten. Die „Einheimischen“ in dieser Klasse hießen Szymanski oder Krajewski, und sie verstanden auch kein Platt, ihre Eltern waren eine oder zwei Generationen früher gekommen.

Auch heute sind in dem Stadtteil im Hertener Norden, von dem die Rede ist, die meisten Kinder die Kinder von Zugewanderten, denen vermutlich kein Plattdeutsch mehr als Integrationshilfe angeboten wird. Die Kinder haben heute türkische Namen und sie haben es heute ungleich schwerer als in den fünfziger oder sechziger Jahren, im Ruhrgebiet heimisch zu werden, denn sie erben den Status „Ausländer“ von ihren Eltern, selbst wenn sie hier geboren und aufgewachsen sind.

Wollte man heute eine Prognose abgeben, in welchen Wahlbezirken der Ruhrgebietsstädte die Anteile der Nichtwähler und die Stimmenanteile der ausländerfeindlichen Rechtsextremen am höchsten sind, so kann man sich an den Ausländeranteilen orientieren. Da wo die meisten derer wohnen, die im-

mer noch nicht wählen dürfen, wählen besonders hohe Anteile derer, die wählen können, die extremen Rechten oder gehen gar nicht erst zur Wahl (so auch in dem Bezirk, zu dem die Volksschule gehört).

Fremdenfeindlichkeit (auch wenn sie im Ruhrgebiet mit seiner spezifischen Tradition als Einwandererregion noch weniger brutal ausfällt als anderswo), Apathie und Resignation gedeihen in einem Milieu, das von relativer Armut geprägt ist, wo sich die Benachteiligten räumlich konzentrieren; dort, wo es im Vergleich zum Landesdurchschnitt eine besonders hohe Zahl von Familien alleinerziehender Mütter gibt, wo die Scheidungsziffern hoch und die ledigen Mütter immer jünger sind, wo Arbeitslosigkeit bei Erwachsenen und Jugendlichen hoch ist und viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von Sozialhilfe leben. Arbeitslosigkeit betrifft viele, die genannten Familienprobleme und die hohen Sozialhilfequoten sind vor allem bei den „Einheimischen“ verbreitet.

Armut führt im Ergebnis zu sozialer Ausgrenzung, zum Ausschluß von gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten, und sie tritt räumlich konzentriert in bestimmten Stadtteilen auf.

Im Politikerjargon werden diese armen Viertel heute euphemistisch „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ genannt. In diesen Stadtteilen wachsen, wie wir zeigen werden, heute die meisten Kinder in den Ruhrgebietsstädten auf. Der „Erneuerungsbedarf“, der ihnen (tatsächlich nur einer kleinen Auswahl von Modellstadtteilen) seitens der Landesregierung zugestanden wird, wird vielfach nur in städtebaulicher und wirtschaftlicher Hinsicht gesehen. Tatsächlich aber geht es um mehr, nämlich um die Gestaltung von Zukunft für die nachwachsende Ge-

neration und damit, auch wenn dies manchem zu pathetisch klingen mag, um die Zukunft unserer Gesellschaft.

Es wäre ein lohnendes Unterfangen, eine Geschichte der Kindheit im Ruhrgebiet zu schreiben, die die Wandlungen in den Lebenslagen und im Alltag von Kindern in der Region seit den Anfängen der Industrialisierung und der raschen (und nach Expertenmeinung heute immer noch mangelhaften) Verstädterung analysiert. Fest steht, daß es unter den Kindern im Ruhrgebiet immer mehr Kinder von Zuwandernern als in anderen Regionen gab, und daß diese Kinder bisher immer integriert werden konnten. Neu ist, daß heute im Ruhrgebiet – bezogen auf die übrige Bevölkerung – immer weniger Kinder leben und sich unter diesen immer mehr arme Kinder als z.B. in den Umlandkreisen oder im übrigen Nordrhein-Westfalen finden. Und neu ist, daß die Kinder im Ruhrgebiet in steigendem Maße unter den Bedingungen von Armut und sozialer Ausgrenzung und immer häufiger auch in gescheiterten Familien heranwachsen.

Im Ballungskern bleiben vor allem ärmere Familien und Alleinerziehende zurück

Das Ruhrgebiet war bis in die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts eine durch stetige Zuwanderung (und in den Jahren des Nachkriegsbabybooms auch durch besonders hohe Geburtenzahlen) wachsende Stadtregion. Die fünfziger und sechziger Jahre waren die „goldene Zeit“ von Ehe und Familie in Europa, und die meisten Menschen in der Region lebten in Familien. Die Familien, vor allem die Arbeiterfamilien, hatten dabei im Vergleich mit den Familien in anderen Regionen relativ viele Kinder, und sie lebten angesichts der wirtschaftlichen Prosperität der Region in relativ gesicherten Verhältnissen. Noch Mitte der siebziger Jahre, in Zeiten eines dramatischen Rückgangs der Geburtenzahlen, fanden wir im Rahmen einer vergleichenden Studie über die Lebenslagen junger Familien in NRW in Gelsenkirchen eine höhere Kinderzahl pro Familie als beispielsweise in Münster oder in Bielefeld.¹ Bis Mitte der

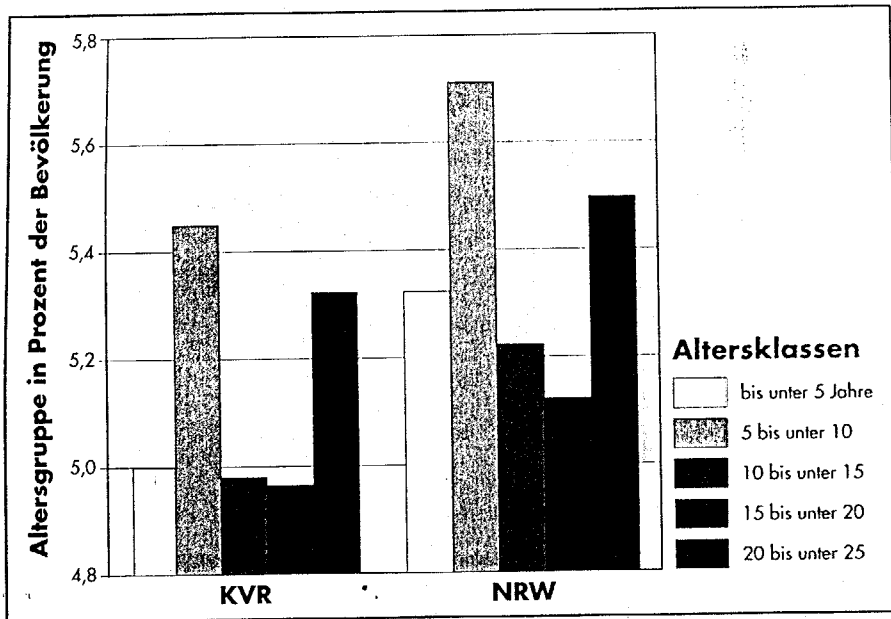
achtziger Jahre war im Ruhrgebiet die sonst vor allem in den Städten überall zunehmende Kinderlosigkeit bei jungen Frauen kaum höher als in den ländlichen Regionen. Die Familien hatten im Ruhrgebiet immer noch kaum weniger Kinder als die auf dem Lande.²

Allerdings verlassen im „Suburbanisierungsprozeß“ seit den siebziger und achtziger Jahren vor allem die Familien der mittleren und oberen Schichten den Ballungskern und ziehen in die an das Ruhrgebiet angrenzenden ländlichen Gebiete. Im Ballungskern bleiben vor allem ärmere Familien, Alleinerziehende, Ausländer und die Alten zurück.

Eine Beschreibung der Lebenssituation der Kinder im Ruhrgebiet verlangte eigentlich nach Lebensgeschichten und Tagebüchern, nach vergleichendem qualitativem Untersuchungsmaterial, das die Wandlungen der Lebenslagen und Lebensform dieser Kinder im Vergleich verschiedener Epochen ausdrückt. Solche „Daten“ gibt es nicht, zumindest nicht in repräsentativer Form.

Wir begeben uns für eine Analyse der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen im Ruhrgebiet deshalb auf einen ganz anderen Weg. Wir untersuchen amtliche Statistiken, wie zum Beispiel die Bevölkerungsstatistik und die Sozialhilfestatistik. Emile Durkheim, einer der Begründer der soziologischen Wissenschaft, hat um die Jahrhundertwende gezeigt, daß solche Statistiken quasi der sichtbare „Außenaspekt“ gesellschaftlicher Ungleichheit und von Veränderungen im Bereich der privaten Lebensführung der Menschen sind, wenn man versteht, sie zu lesen.

Das Ruhrgebiet in den Grenzen der Kreise und Städte, die zum Kommunalverband gehören, ist ein siedlungssoziologisch recht heterogenes Gebilde, das (überwiegend) zwar aus großstädtischen Bereichen im Ballungskern, aber auch aus Ballungsrandbereichen, zum Beispiel im Norden der Kreise Recklinghausen und Wesel, und aus ländlichen Zonen besteht. Wir wollen es trotz dieser Heterogenität aber als einen einheitlichen Siedlungsraum betrachten und zuerst nach Unterschieden in der Bevölkerungsstruktur und –entwicklung im Vergleich mit den anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen fragen.



1996 lebten 30 von 100 Menschen in Nordrhein-Westfalen im Ruhrgebiet. Bezogen auf diesen „Erwartungswert“ lebten nur unterdurchschnittlich wenige Kinder (28 von 100 Kindern unter 15 Jahren) in NRW im Ruhrgebiet, aber 35 von 100 Kindern nicht-deutscher Nationalität im selben Alter. Nur 28 von 100 Neugeborenen in NRW kamen im Ruhrgebiet zur Welt, aber 35 von 100 in NRW geschiedenen Ehen wurden hier geschieden.³

Jedes fünfte Kind im Ruhrgebiet ist nicht deutscher Nationalität

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung und damit auch der Anteil der Familien an den privaten Haushalten ist im Gebiet des KVR durchweg niedriger als im NRW-Durchschnitt, wobei unter diesen Familien besonders viele gescheiterte „Normalfamilien“ sind, wie die Scheidungszahlen und die hohen Anteile Alleinerziehender ausdrücken. Auch die altersspezifischen Geburtenhäufigkeiten der besonders jungen Mütter unter

Bevölkerungsanteile von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, NRW und KVR 1996

zwanzig Jahren sind im Ruhrgebiet besonders hoch. In Zeiten, in denen das Alter der Mütter bei Geburt des ersten Kindes sich immer weiter nach hinten auf das dreißigste Lebensjahr hin verschiebt, sind Teenagerschwangerschaften gleichfall ein Indiz besonders problematischer Familienverhältnisse.

Die Anteile der ausländischen Kinder und Jugendlichen unter den im Ruhrgebiet insgesamt nur relativ wenigen Kindern und Jugendlichen sind durchweg höher als im NRW-Durchschnitt. Jeder vierte junge Erwachsene und etwa jedes fünfte Kind im Ruhrgebiet ist nicht deutscher Nationalität. In diesen Zahlen sind die jungen Aussiedler, die ja deutsche Staatsangehörige, häufig aber der deutschen Sprache nicht mächtig sind, nicht enthalten.

Gegenüber einem Bevölkerungsanteil von nur 30 Prozent lebten 1996 nach den aktuellsten Daten der amtlichen Sozialhilfestatistik 37 Prozent der Sozialhilfeempfänger (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außer-

halb von Einrichtungen) insgesamt und 36 Prozent der unter fünfzehnjährigen Kinder in der Sozialhilfe im Ruhrgebiet. Nahezu jedes zehnte Kind unter zehn Jahren hat 1996 im Ruhrgebiet Sozialhilfe bezogen. (In dieser Zahl sind die Asylbewerber nicht enthalten). *Kinder und Jugendliche im Ruhrgebiet sind heute in deutlich höherem Maße als anderswo im Land die Kinder von Ausländern, und sie sind die Kinder armer Leute.*

Seit den siebziger Jahren haben immer mehr einkommenstarke Familien der sozialen Mittel- und Oberschichten das Ruhrgebiet in Richtung Ballungsrand und ländliche Zonen verlassen. Die Stadt Essen beispielsweise ist auf diese Weise von 1970 bis 1987 von ursprünglich gut 720.000 auf eben über 600.000 Einwohner geschrumpft. Nutznießer der Familienwanderung ins Umland sind zu einem gewissen Anteil die vier Kreise im KVR, vor allem aber die angrenzenden ländlichen Gebiete, die sich hinsichtlich ihrer Alters- und Familienstrukturen zur Familienzone der Region entwickeln.

Die Kreise des KVR, die Städte an den Rändern des Ruhrgebiets und vor allem die Umlandkreise haben zwischen 1987 und

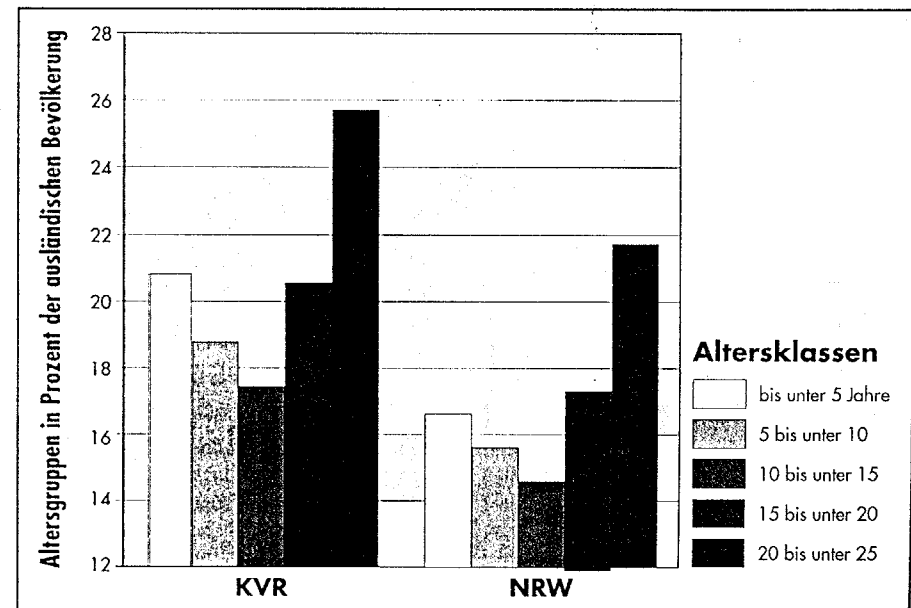
1995 die meisten Einwohner gewonnen, die Städte im Ballungskern sind am wenigsten gewachsen, Essen ist seit 1987 weiter geschrumpft.

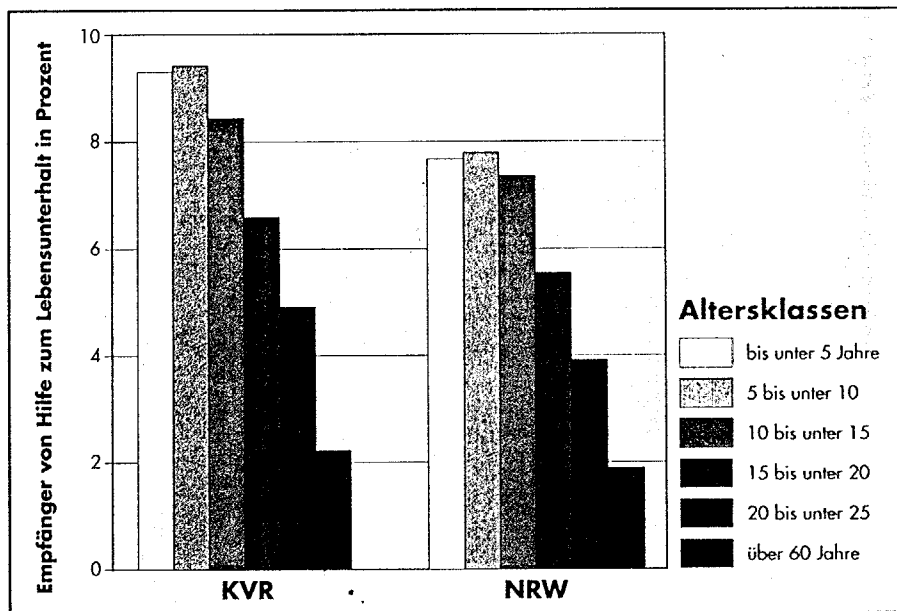
Zwei Entwicklungen überlagern sich. Die deutsche Bevölkerung im Ruhrgebiet und in NRW insgesamt schrumpft schon seit den siebziger Jahren. Auch im Bereich des KVR ist sie von 1987 bis 1995 um 1,5 Prozent zurückgegangen. Diese Entwicklung wird durch die Zuzüge von Aussiedlern mit deutschem Paß überlagert und deshalb unterschätzt. Die nichtdeutsche Bevölkerung im Ruhrgebiet dagegen hat im selben Zeitraum um fünf Prozent zugenommen.

Die Fortzüge der Einheimischen gehen als ‚Familienwanderungen‘ vor allem in die Umlandkreise.

Die Umlandkreise des Ruhrgebiets mit den höchsten Bevölkerungszuwächsen – zum Beispiel die Kreise im Münsterland – sind zugleich jene, in denen prozentual die

Ausländeranteile von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, NRW und KVR 1996





meisten Kinder leben. Zugleich sind sie die Spitzenreiter der Geburtenstatistik in NRW. Die stagnierenden oder gar – wie Essen – schrumpfenden Städte im Kern des Ruhrgebiets (Essen, Mülheim, Dortmund, Herne, Gelsenkirchen); sind zugleich jene, in denen der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung besonders niedrig ist (und weiter sinkt). Hier finden wir auch die niedrigsten Geburtenraten.

Die meisten Kinder (prozentual) innerhalb des KVR leben heute am Rand des Ruhrgebiets, im Kreis Wesel, in Hamm, in den Kreisen Unna, Recklinghausen (alle um 17 Prozent der Bevölkerung) und in Bottrop (16 Prozent), die wenigsten in Bochum, Mülheim und Essen (14 Prozent und weniger). Weitaus größer dagegen sind die Anteile der Kinder an der Bevölkerung (und die Verbreitung von Familie als Lebensform) in den angrenzenden Landkreisen.

Die Familien wiederum, die heute (noch) in den Kernbereichen des Ruhrgebiets leben, sind zu einem großen Teil die Familien der Einwanderer und die der Armen. In den Städten und Kreisen mit einem hohen Bevölkerungsanteil

Sozialhilfequoten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und Alten, NRW und KVR 1996 ohne Asylbewerber

von Kindern ist der Anteil der armen Kinder bzw. das Armutsrisiko von Kindern besonders niedrig, umgekehrt ist in den Städten, in denen relativ wenige Kinder leben, das Armutsrisiko dieser Kinder besonders hoch.

In Essen und Dortmund bezog 1996 etwa jedes siebte Kind unter 15 Jahren Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt), im Kreis Wesel dagegen nur etwa jedes zwanzigste. In den Städten, in denen die wenigsten Kinder leben, haben sie das größte Armutsrisiko.

Spaltung der Gesellschaft in „arm“ und „reich“ setzt sich fort

Wir sehen bis hierher also deutliche Anzeichen einer sozialen und räumlichen Polarisierung von Lebenslagen und Lebensformen. Das Umland des Ruhrgebiets und die Kreise im KVR werden zur Familienzone der Region.

Damit sind vor allem die Wirkungen der „Auswanderung“ der Familien der Mittelschicht aus den Großstädten des Ruhrgebiets angesprochen. In den großen Städten finden wir auf der anderen Seite unter der schwindenden Zahl der Familien steigende Anteile von Armen, Alleinerziehenden und Ausländern.

Die für Nordrhein-Westfalen und für die gesamte Bundesrepublik charakteristische Tendenz einer zunehmenden Polarisierung zwischen „arm“ und „reich“ und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in einen Familiensektor und einen Nichtfamiliensektor zeigen sich im Ruhrgebiet auch in sozialräumlicher Hinsicht. Diese Entwicklung wird besonders deutlich, wenn wir nicht nur wie bisher die Unterschiede zwischen den Städten sondern die soziale Spaltung innerhalb der großen Städte untersuchen.

Städte befürchten Image-Verlust durch kleinräumige Analysen

Zu den wenigen Städten in der Bundesrepublik und im Ruhrgebiet, die seit Jahren systematisch die Entwicklung sozialer Ungleichheiten im Stadtgebiet untersuchen und die Ergebnisse konsequent für die Stadtentwicklung und die Sozialplanung nutzen, gehört Essen.⁴ Andere Ruhrgebietsstädte erwiesen sich nach unseren Erfahrungen dagegen als ausgesprochen desinteressiert an solchen kleinräumigen Analysen sozialer Problemlagen, die im Vergleich zum Stadtdurchschnitt zum Beispiel extrem hohe Sozialhilfe- oder Arbeitslosenquoten einzelner Stadtteile zu Tage fördern könnten. Man befürchtet Auswirkungen auf das Image der Städte, und auch das Stichwort Nestbeschmutzung ist gelegentlich zu hören. Auf Daten der Stadt Essen über die Struktur und die räumliche Verteilung der Sozialhilfempfänger im Stadtgebiet und auf Daten der Bevölkerungsstatistik greifen wir im folgenden zurück.

Nach den aktuellsten uns vorliegenden Zahlen von 1997 wird die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen in der Großstadt immer stärker von Einkommensarmut geprägt. Dabei zeigt sich ein klares Muster der

räumlichen Verteilung von „arm“ und „reich“ und von Familien mit Kindern bzw. von nicht familialen Lebensformen im Stadtraum. Die relativ wenigen Familien mit Kindern, die wir noch in den Städten des Revierballungskerns finden, sind räumlich in wenigen Vierteln (in Essen in den nördlichen Stadtteilen) konzentriert. Unter den Kindern in diesen Stadtteilen sind besonders viele arme Kinder.

Die Sozialhilfedichte in der Gesamtbevölkerung lag Ende 1997 in Essen bei 6,4 Prozent, das heißt jede sechzehnte Person lebte von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. An derartige Sozialhilfequoten hat man sich inzwischen auch in anderen Städten gewöhnt, und sie beunruhigen heute bedauerlicherweise kaum noch jemanden. Dramatischer stellt sich die Situation in den Stadtteilen dar. Im Vergleich der 50 Essener Stadtteile sind zwischen weniger als einem Prozent und bis zu 17 Prozent der Bevölkerung von Sozialhilfeleistungen abhängig.

Kinder und Jugendliche sind die von Armut am stärksten betroffene Gruppe

Noch wesentlich höhere Armutsquoten erhält man, vergleicht man die 312 Stadtteilebereiche. Das Maximum 1997 lag hier bei rund 30 Prozent. Das bedeutet, daß wir in Stadtgebieten mit hoher Armut zusätzlich ‚Quartiere‘ extremer Armut finden.

Die der Statistik zugrunde liegenden Stichtagszahlen unterzeichnen dabei die tatsächliche Armut noch. Zählt man nämlich nicht nur die Personen, die an einem bestimmten Stichtag im Dezember Sozialhilfe bezogen haben, sondern sämtliche Personen, die während eines Jahres zumindest einmal auf finanzielle Unterstützung angewiesen waren, so ist nach Untersuchungen, die wir für ganz Nordrhein-Westfalen⁵ angestellt haben, von einer um rund 20-30 Prozent höheren Armutsbevölkerung auszugehen. Wieviele Personen darüber hinaus in verdeckter Armut leben, ihren Anspruch auf Sozialhilfe also nicht wahrnehmen, ist unbekannt.

Noch in den siebziger Jahren stellten alte Menschen, vor allem alte Frauen mit unzureichender Alterssicherung, das Gros der Armen. Heute sind *Kinder und Jugendliche* die größte und sicherlich in ihren Lebenschancen und -perspektiven durch Armut am stärksten betroffene Gruppe. Die Zahl der sozialhilfeabhängigen Mädchen und Jungen im Alter von bis zu sechs Jahren hat sich in NRW im Zeitraum zwischen 1982 und 1993 verdreifacht!⁶

Ende 1997 waren in Essen⁷ knapp 17 Prozent (das ist jedes sechste Kind!) der Kinder im Alter von bis zu 5 Jahren auf die Unterstützung des Sozialamtes angewiesen. Hinter diesem alarmierenden Durchschnittswert verbergen sich allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen, die die Polarisierung der Lebenslagen im Stadtgebiet zum Ausdruck bringen.

Kinderarmut vor allem in den ehemaligen Arbeiterstadtteilen im Norden

Die Kinderarmut in Essen ist – wie auch die Armut der übrigen Bevölkerungsgruppen – nicht zufällig über das Stadtgebiet verteilt, sondern folgt einem frappierend einfachen Muster: Es sind die ehemaligen Arbeiterstadtteile im Norden der Stadt, die heute nach vollzogenem Strukturwandel, der von massenhaften Arbeitsplatzverlusten im Montanbereich begleitet wurde, die Armutsquartiere bilden. Hinzu kommen die Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus im Osten der Stadt.

Neun von zehn Kindern, die in Essen Sozialhilfe erhalten, leben in einem der *nördlichen Stadtteile*.⁸ Diese räumliche Konzentration führt dazu, daß im Norden jedes fünfte Vorschulkind vom Regelsatz der Sozialhilfe leben muß⁹, dagegen ist dies im Süden nur jedes zwanzigste Kind unter sechs Jahren.

Im Vergleich der Städte und Kreise des Ruhrgebiets und der Umlandkreise hatten wir festgestellt, daß dort, wo nur noch relativ wenige Kinder leben, der Anteil der armen Kinder (und Familien) besonders hoch ist. Essen

ist die Ruhrgebietsstadt mit dem geringsten Anteil von Kindern an der Bevölkerung. Die meisten Kinder in Essen leben in Stadtteilen, in denen Merkmale sozialer Benachteiligung zum Teil kumuliert auftreten. Stadtteile mit hohen Anteilen von Kindern (und Familien) an der Bevölkerung sind zugleich jene mit besonders hohen Armutsquoten, hoher Arbeitslosigkeit, hohen Anteilen von Alleinerziehenden und besonders vielen Aussiedlern und Ausländern. Kinderarmut tritt mit diesen Merkmalen von Stadtteilen extrem oft zusammen auf. Die Kumulation von ‚Risikogruppen‘ und von Merkmalen sozialer Benachteiligung prägt dabei in starkem Maße die ‚Landkarte städtischer Armut‘.

Besonders bemerkenswert für die aktuellen Probleme der örtlichen Sozialpolitik aber auch von hoher Brisanz für die Zukunft unserer Gesellschaft, für ihr „Humanvermögen“, wie es der Fünfte Familienbericht der Bundesregierung noch 1994 genannt hat (ohne daß jedoch die Familienpolitik daraus bislang irgendwelche Folgerungen gezogen hätte), ist die Tatsache, daß eine Kartierung der Armut und eine der Familien in Essen zu einem ähnlichen Ergebnis führen würden. Einerseits ist die Familie als Lebensform in den großen Städten überall auf dem Rückzug, andererseits ist sie nur noch in den armen Vierteln die dominante Lebensform. *Dort wo innerhalb Essens die meisten Kinder sind, sind in der Regel auch die meisten armen Kinder*

Eine der Ursachen von Armut: Scheitern von Ehen und Partnerschaften

Über die Prozesse, die zu diesen sozialräumlichen Strukturen geführt haben, vor allem über die ‚Armutskarrieren‘ der Kinder und Familien im Essener Norden, wissen wir bislang zu wenig. Sind es vor allem Familien ehemaliger Industriearbeiter sowie die Familien ihrer Kinder, die mittlerweile den Armutspool des Essener Nordens bilden? Ist die Häufung der Haushalte von Alleinerziehenden im Norden das Resultat einer Überforderung und eines immer häufiger werdenden Scheiterns der „Normalfamilie“, die gerade

in der städtischen Arbeiterschaft besonders lange Bestand hatte, heute aber unter den Bedingungen von Langzeitarbeitslosigkeit und persönlicher Perspektivlosigkeit als Solidargemeinschaft gefährdet ist und vermutlich nur noch auf begrenzte Zeit funktionieren kann? In welchem Maße kommt es zur Konzentration von Armut in den Armutsquartieren durch Zuzüge armer und durch Fortzüge weniger armer Haushalte und Familien? Diese Fragen müssen offen bleiben, denn es mangelt noch an systematischen Untersuchungen dazu. Allerdings erlauben Sonderauswertungen der Sozialhilfestatistik¹⁰, an denen wir gegenwärtig arbeiten, Aussagen über die aktuellen *Familienformen, in denen arme Kinder leben*.

Deutlich wird, in welchem Maße heute das Scheitern von Ehen und Partnerbeziehungen der Eltern Ursache der Kinderarmut ist: Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Haushalten mit Kindern in Essen beträgt (je nach Definition) etwa 20 bis 30 Prozent. Das sind in der Regel Frauen. Alleinerziehende Männer gibt es kaum. Diese Frauen haben ein immens hohes Armutsrisiko. Zwei von drei *Haushalten*¹¹ mit Kindern und Jugendlichen in Essen, die von Sozialhilfe leben, sind Haushalte Alleinerziehender. Meist haben diese alleinerziehenden Frauen ein Kind.

Eine Veränderung der Prioritäten ist dringend erforderlich

Auf Sozialhilfe angewiesene alleinerziehende Mütter im Teenageralter, deren zunehmende Bedeutung man beispielsweise in den Armutsvierteln Englands und Frankreichs beobachten kann¹², sind mit unter 100 in Essen noch selten. Der Altersschwerpunkt der alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerinnen liegt zwischen 28 und 36 Jahren. Der Anteil der Ausländerinnen ist dabei nur gering (10 Prozent).

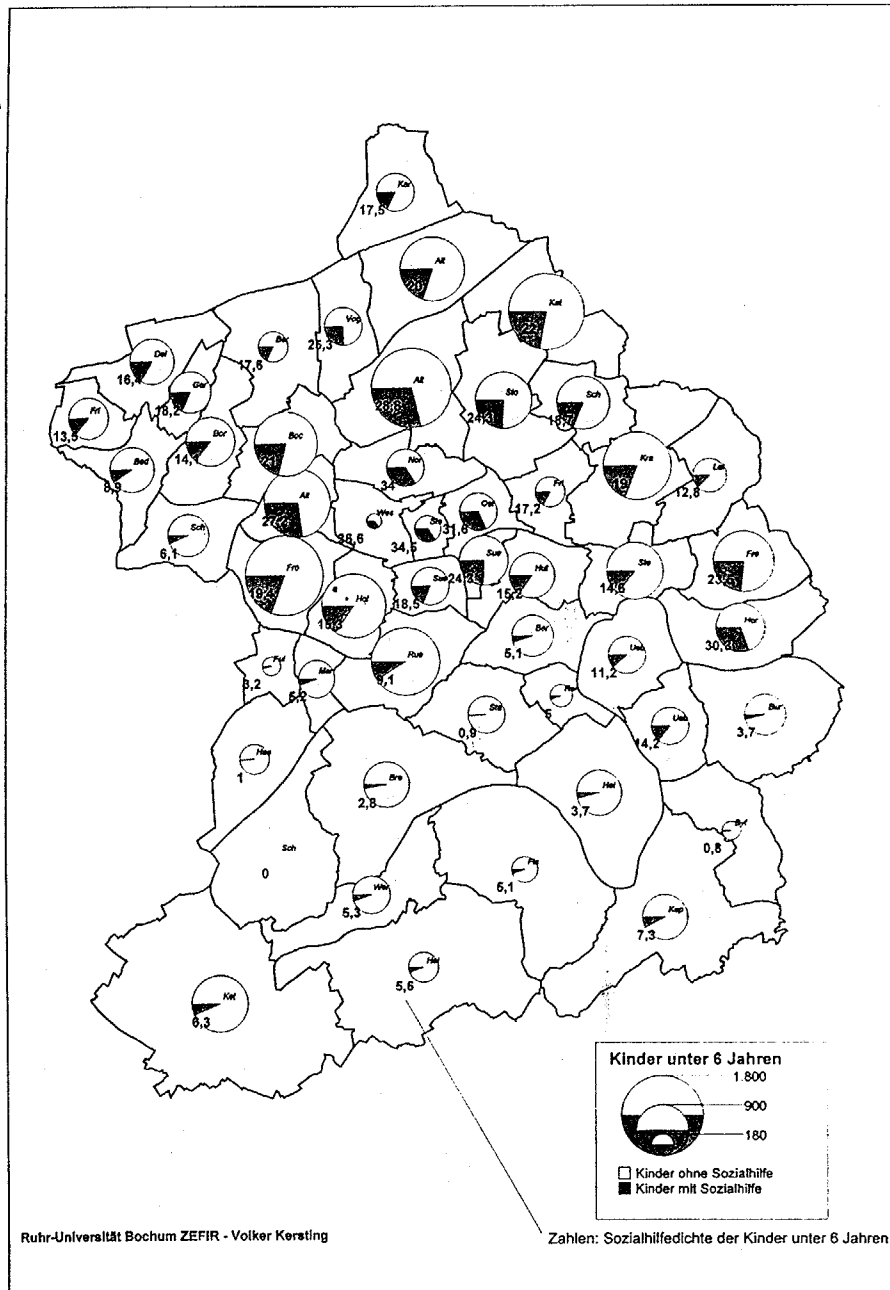
In Familien mit alleinerziehenden Müttern lebt mehr als die Hälfte aller sozialhilfeabhängigen Kinder unter 16 Jahren. Fast jedes zweite dieser Kinder ist noch keine sieben Jahre alt und insofern auf regelmäßige und

verlässliche Betreuung durch die Mutter angewiesen – ein Umstand, dem bei der Suche nach ‚Wege aus der Sozialhilfe‘ stärker Rechnung getragen werden müßte. Die Stadt Essen versucht dies zum Beispiel durch Projekte, die Qualifizierung sozialhilfeabhängiger Mütter mit (selbstorganisierter) Kinderbetreuung verbinden. Die Kommunen haben ein Eigeninteresse daran, Sozialhilfaufwendungen zu reduzieren, und vor allem Familien mit Kindern, die zu den besonders kosten trächtigen Langzeitbeziehern in der Sozialhilfe gehören, Wege aus der Armut zu eröffnen. Insbesondere in den gut zwanzig Modellstadtteilen im integrierten Handlungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ gibt es zum Teil sehr sinnvolle Handlungsansätze. Angesichts des Ausmaßes der Probleme und der tatsächlichen Zahl von Armutsstadtteilen außerhalb des Landesprogramms allein im Ruhrgebiet handelt es sich aber allenfalls um „exemplarische Politik“, wobei noch niemand sagen kann, wie die zum Teil bereits modellhaft entwickelten Lösungsansätze „in der Fläche“ übertragen und verallgemeinert werden können.

Dazu bedarf es erst einer *Veränderung der Prioritäten auf der politischen Agenda*. Politik für die Armutsviertel der Städte darf nicht länger verkürzt nur unter städtebaulichen oder arbeitsmarktpolitischen oder kriminalpräventiven Zielgesichtspunkten gesehen werden. Diese unterschiedlichen Perspektiven zu „integrieren“ und Maßnahmen zu vernetzen, wie es modellhaft in NRW erprobt wird, ist ein erster wichtiger, allerdings viel zu kleiner Schritt. Einzelne Städte, zum Beispiel die Stadt Hamm, sind ihn schon ausdrücklich in Richtung auf familien- und kinderpolitische Ziele gegangen.¹³

Wie sieht die Zukunft des sogenannten Humanvermögens aus?

Familien- und Kinderpolitik sind in Deutschland bislang immer noch in erster Linie Objekte konservativer, seit der 1998er Bundestagswahl neuerdings auch sozialdemokratischer Wahlkampfrhetorik. Tatsächlich aber



Sozialhilfeabhängigkeit von Kindern Essen 1997

geht es um nicht weniger als eine gesellschaftspolitische Herausforderung ersten Ranges. Jede Gesellschaft ist darauf angewiesen, daß nachwachsende Generationen mit den wichtigsten Daseins- und Sozialkompetenzen (mit „Humanvermögen“) ausgestattet und motiviert werden, diese Gesellschaft fortzusetzen.

In dem Maße, in dem – wie wir anhand des Ruhrgebiets gezeigt haben – immer größere Teile der nachwachsenden Generation in den Städten unter benachteiligten und benachteiligten Lebensbedingungen aufwachsen, in dem Maße, in dem sie Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, gescheiterte Familien, Apathie und möglicherweise Gewalt und Vernachlässigung als alltäglich und normal erfahren, stellt sich die Frage nach der Zukunft des „Humanvermögens“. Diese Herausforderung anzunehmen, verlangt freilich eine neue „Familienorientierung“ der lokalen Politik, die alle Akteure, auch die Wirtschaft, an einen Tisch bringt, die durch ihr Handeln oder ihr Nichthandeln die Lebenslagen von Kindern und Familien beeinflussen.¹⁴

□ Prof. Dr. Klaus Peter Strohmeier ist Professor für Soziologie, insbesondere für Stadt- und Regionalsoziologie, an der Ruhr-Universität Bochum und Geschäftsführender Direktor des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung an der Ruhr-Universität Bochum (ZEFIR). Dipl.-Soz. Volker Kersting ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEFIR.

Anmerkungen:

¹ vgl. Strohmeier, Klaus Peter: Familien und soziale Netzwerke. Grundlagen einer sozialen Ökologie der Familie. Campus-Verlag, Frankfurt und New York 1983

² vgl. Strohmeier, Klaus Peter: Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Generatives Verhalten im sozialen und regionalen Kontext. Heft 47 der Schriftenreihe des Ministerpräsidenten NRW. Düsseldorf 1987

³ Betrachtet man nur die kreisfreien Städte, so werden diese Unterschiede um einiges deutlicher.

⁴ Wie Analysen und Handlungskonzepte ineinandergreifen, verdeutlicht der Aufsatz von Sabine Reichertz u. Klaus Wermker: Soziale Ungleichheit

im Sozialraum Stadt. In: Blätter der Wohlfahrtspflege - Deutsche Zeitschrift für Sozialarbeit, 11+12/97, Seite 240-244

⁵ Kersting, Volker/Strohmeier, Klaus Peter: Sozialhilfeabhängigkeiten in Nordrhein-Westfalen und seinen Teilräumen unter besonderer Berücksichtigung der Städte Mülheim an der Ruhr, Essen und Oberhausen (MEO); Stadt Essen (Hrsg.): Beiträge zur Regionalentwicklung, Band 15; Essen, 1998

⁶ ebd.
⁷ Es handelt sich um derzeit noch unveröffentlichtes Datenmaterial des Amtes für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen der Stadt Essen, für dessen Überlassung wir uns bedanken.

⁸ Gemeint sind die Stadtteile der Stadtbezirke I, IV, V, VI, VII und die Stadtteile Altendorf, Frohnhausen, Holsterhausen des Stadtbezirks III

⁹ Der monatliche Regelsatz für Hilfe zum Lebensunterhalt für ein Kind bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres betrug in Nordrhein-Westfalen am 30.6.98 DM 270,00.

¹⁰ Es handelt sich im weiteren um eine erste für diese Veröffentlichung erstellte Analyse der anonymisierten Daten der Sozialhilfeempfänger in NRW. Prinzipiell sind derartige Auswertungen für alle Kreise und kreisfreien Städte möglich. Vgl.: Kersting, Volker: Strukturen der Sozialhilfeabhängigkeit in Nordrhein-Westfalen und seinen Teilräumen 1997, Forschungsgruppe Sozialberichterstattung, Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (ZEFIR), Bochum 1998 (Manuskript)

¹¹ Bedarfsgemeinschaften i. S. der Sozialhilfestatistik

¹² vgl. Strohmeier, Klaus Peter/Kersting, Volker: Sozialraum Ruhrgebiet – Stadträumliche Differenzierungen von Lebenslagen, Armut und örtliche Sozialpolitik; Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein – Westfalen, S. 451–475, Essen 1996

¹³ vgl. Handlungskonzept Hamm-Norden, 1995, Forum für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, ILS, Dortmund 1996

¹⁴ vgl. Strohmeier, Klaus Peter: Individualisierung und die Solidarität der Generationen – Plädoyer für eine örtliche Familienpolitik, in: 100 Jahre Bayerischer Städtetag, München, 1996, S. 85-114